

Niederschrift

über die 22. Sitzung des Finanzausschusses vom 22.09.2021 (öffentlicher Teil)

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:46 Uhr

Anwesenheit: Soll: 9 Mitglieder des Finanzausschusses
Ist: 8 Mitglieder des Finanzausschusses

Tagesordnung

1. Eröffnung und Begrüßung

Die 22. Sitzung des Finanzausschusses wird durch **Ratsfrau Muth**, Vorsitzende des Finanzausschusses, eröffnet.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

- Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung
- Feststellung der Anwesenheit

3. Bestätigung der Niederschrift der 21. Sitzung vom 11.08.2021

Ratsfrau Dr. Kuhk bezieht sich auf die Niederschrift vom 11.08.2021 und kritisiert die mangelnde Aktualität der Beantwortung ihrer Frage zum aktuellen Stand des Neubaus der Grundschule Süd. Sie beanstandet die Antwort, die der Niederschrift beigelegt war, als veraltet und bittet um einen aktuelleren Sachstand, der die Abstimmung zwischen dem Eigenbetrieb Immobilienmanagement und dem Fachbereich 2 wiedergibt (Anlage 1). Sie betont die prioritäre Bedeutung der Grundschule Süd für die Fraktion der CDU.

Die Niederschrift der 21. Sitzung vom 11.08.2021 wird bestätigt.

7 Dafürstimmen

4. Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)

Frau Piotrowski informiert über den Erhalt der Zahlungen zur Kompensation der Gewerbesteuer ausfälle i. H. v. 3,79 Mio. Euro. Ebenso informiert sie über die zu erwartenden Konsolidierungsmittel i. H. v. 3,08 Mio. Euro aus Zuweisungen nach § 27 FAG M-V.

Ratsfrau Dr. Kuhk bittet darum, dass zukünftig nachträglich in Session eingefügte Dokumente oder Änderungsblätter direkt unter der jeweiligen Sitzung des Ausschusses eingefügt werden.

5. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Ratsfrau Muth beantragt, dass TOP 11 an den Beginn der Sitzung vor TOP 7 vorgezogen wird.

Die geänderte Tagesordnung wird bestätigt.

7 Dafürstimmen

Ratsfrau Muth beantragt zu TOP 11 Rederecht für Herrn Prof. Kai Brauer von der Hochschule Neubrandenburg.

7 Dafürstimmen

6. Abhandlung der bestätigten Tagesordnung

Öffentliche Beratungsgegenstände

- 11. BV/VII/0289** Vertrag zur Weiterführung der Lehrpraxisstelle Oststadt zwischen der Hochschule Neubrandenburg und der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg

Herr Witt, Oberbürgermeister, führt in die Vorlage ein, indem er die bisherige Geschichte der Lehrpraxisstelle umreist. Neu ist nun, dass ein Erhalt der Lehrpraxisstelle in Vereinigung mit dem Stadtteilbüro geschehen soll. Die Unterstützung der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg umfasst dabei Anteile aus Personal- und Sachkosten. Herr Witt betont die doppelte Bedeutung einer so eingebundenen Lehrpraxisstelle als einerseits Forschungsstelle der Hochschule Neubrandenburg, die Erkenntnisse gewinnt, welche in anderen Stadtteilen angewendet werden können; andererseits als Lehrstelle, in der praktische Erfahrungen gewonnen und direkt umgesetzt werden können. Er bekräftigt, dass sich die Kommune zum Engagement eines Stadtteiltreffs in Kombination mit der Lehrpraxisstelle bekennt.

Herr Prof. Brauer spricht zum Inhalt einer solchen Lehrpraxisstelle. Hierbei besteht eine direkte Kooperation zwischen der Hochschule Neubrandenburg und der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg im Rahmen der Ausbildung von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern im Bachelor-Studiengang. Er führt aus, dass ein Teilbereich dessen die Gemeinwesenarbeit ist, zu der auch das Quartiersmanagement gehört. Über eine Lehrpraxisstelle können Praktikantinnen und Praktikanten sowie Forschungsprojekte einbezogen werden, die direkte Forschungsergebnisse für die Arbeit im Stadtteil erarbeiten. Darüber hinaus wird für die Beantragung von Fördermitteln ein solcher „städtischer Andockpunkt“ benötigt.

Ratsfrau Dr. Kuhk bringt Kritik zum Ausdruck, dass die Vorlage nur ungenügende Informationen zum Vorhaben enthält. Sie bittet um Bereitstellung des dazugehörigen Kooperationsvertrages. [Dieser wurde am 24.09.2021 per E-Mail an alle Fraktionen versandt.] Außerdem bittet sie um eine ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, da der Vorlage nicht zu entnehmen ist, woraus die 10,0 TEUR jährlicher Mehraufwand gedeckt werden. Sie bittet um die Benennung des Produktes 1.1.1.08 und ebenso um eine Erläuterung der Anteile zur Finanzierung der Sachkosten. Welcher Partner trägt welchen Anteil und wie hoch sind die Gesamtkosten? Zuletzt mahnt Ratsfrau Dr. Kuhk zu vorsichtigem Wirtschaften. Sie benennt den Inhalt der Vorlage als freiwillige Leistung und gibt zu bedenken, dass Gemeinwesenarbeit als freiwillige Leistung nicht durch die Stadt finanziert wird, jetzt aber die wissenschaftliche Arbeit und Begleitung der Gemeinwesenarbeit durch die Hochschule Neubrandenburg durch die Stadt mitfinanziert werden soll.

Ratsherr Kowalick erfragt die Auswirkungen auf den Bereich Sport, den Kostenanteil der Hochschule Neubrandenburg und warum der Vertrag bis zum 30.09.2024 datiert ist.

Herr Witt, Oberbürgermeister, bestätigt die Stellenfinanzierung in der Lehrpraxisstelle als freiwillige Aufgabe, bei der aufgrund ihrer Wichtigkeit für das städtische Gefüge nicht riskiert werden soll, dass es anderenfalls keine Lehrpraxisstelle mehr gibt. Zur Finanzierung des Mehrbedarfs i. H. v. 30,0 TEUR p. a., die aus dem Produkt 4.2.1.01 „Förderung des allgemeinen Sports“ gedeckt werden sollen, erklärt er, dass dies durch Ausschöpfung eines Puffers geschieht, der für die Sportstättennutzung Dritter eingeplant ist. Auf diesen wird nur dann zurückgegriffen, wenn eine städtische Immobilie nicht zur Verfügung stehen sollte. Er versichert, dass aufgrund dieser Vorlage kein Verein weniger finanzielle Mittel erhält. Zuletzt benennt er den Anteil der Hochschule Neubrandenburg an den Sachkosten mit 1/3 und den Anteil der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg damit folglich mit 2/3.

Ratsherr Schröder rückversichert sich, ob tatsächlich kein Verein durch die Entscheidung evtl. eingeschränkt wird, was **Herr Witt** bestätigt.

Ratsherr Prof. Dr. Northoff betont, dass Gemeinwesenarbeit einen Bezug zur Stadt braucht. Er befürwortet das Projekt, es darf allerdings nicht zu Lasten der Ausgaben für den Sport gehen.

Ratsfrau Dr. Kuhk bittet um Aufklärung, in welchem Umfang der durch Herrn Witt benannte Puffer im Bereich Förderung des allgemeinen Sports abgeschmolzen wird. Sie stellt darüber hinaus einen Antrag auf Verschiebung der Abstimmung. **Ratsfrau Muth** schlägt hierfür eine Sondersitzung des Finanzausschusses am 30.09.2021 direkt vor der Sitzung des Hauptausschusses vor.

Herr Witt, Oberbürgermeister, benennt das erfragte Produkt 1.1.1.08: „Beauftragte und Projekte“.

Die Abfrage über die Verschiebung der Abstimmung zur Vorlage ergibt: 5 Dafürstimmen, 1 Gegenstimme, 1 Enthaltung. Die Abstimmung über die Vorlage selbst ist damit verschoben auf die Sondersitzung des Finanzausschusses am 30.09.2021, 15:00 Uhr.

7. BV/VII/0279 Stadtmarketingkonzept der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg und dessen Umsetzung hier: Grundsatzbeschluss

Herr Bachmann stellt das Stadtmarketingkonzept anhand einer Präsentation vor, die den Prozess, die Beteiligten sowie die Ergebnisse beleuchtet (Anlage 2). Dies beinhaltet ebenso die Präsentation des überarbeiteten Logos der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg.

Frau Schewe betritt die Sitzung.

Ratsfrau Muth fragt nach, ob ein Beschluss über das Konzept in dem bisher geplanten Zeitplan zwingend nötig ist. Aufgrund des Umfangs und der sich daraus ergebenden Konsequenzen ist eine umfassendere Beschäftigung mit dem Konzept sinnvoll, die dann allerdings mehr Zeit in Anspruch nehmen würde.

Ratsfrau Dr. Kuhk erklärt, dass in einem gemeinsamen Telefonat zwischen ihr und Oberbürgermeister Witt bereits abgestimmt wurde, dass es eine 2. Lesung der Vorlage geben soll und die Stadtvertretung erst auf der Sitzung am 09.12.2021 darüber abstimmen soll.

Herr Bachmann bestätigt die Möglichkeit der zeitlichen Verschiebung der Abstimmung. Er gibt zu bedenken, dass die Stellung von Anträgen im Zusammenhang mit Förderprogrammen – aktuell dem Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ – berücksichtigt werden muss, um nicht durch einen verzögerten Beschluss Einreichungsfristen zu gefährden.

Ratsherr Kowalick ruft ins Bewusstsein, dass mit einem Beschluss des Konzepts in jedem

Jahr bis zum Jahr 2026 mit einem Haushaltsvorgriff i. H. v. ca. ½ Mio. Euro jährlich zu rechnen ist.

Ratsherr Prof. Dr. Northoff betont ebenfalls die Wichtigkeit, Fördermöglichkeiten zu nutzen und wegen der Verzögerung nicht mögliche Zuschüsse zu gefährden. Er fragt nach, was unter dem Begriff „Verwaltungsmarketing“ verstanden wird und ob die Tätigkeit der Stadtvertretung Teil dessen ist.

Herr Bachmann gibt die Definition von „Verwaltungsmarketing“ als Vermarktung der Leistungen der öffentlichen Hand wieder. Die Stadtvertretung sei aufgrund ihrer Beschlussfassung, die ausschlaggebend für das Verwaltungshandeln ist, Teil dessen. Er führt weiterhin aus, dass „Verwaltungsmarketing“ als Teilbereich des „übergeordneten Stadtmarketings“ derzeit bereits durch die Abteilung Presse-, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit umgesetzt wird.

Ratsherr Schröder regt an, dass Einreichungsfristen für Förderanträge, die durch Verzögerungen in der Beschlussfassung zum Stadtmarketingkonzept in Bedrängnis kommen, schon zu den jeweiligen Sitzungen vorbereitet werden könnten, um zeitlich nicht in Verzug zu kommen.

Ratsfrau Muth problematisiert den Vorschlag des Konzepts, die Geschäftsführerstelle der VZN hälftig in der Stadtverwaltung anzusiedeln. Für sie stellt sich die Frage, wie das funktionieren soll.

Ratsfrau Muth stellt den Vorschlag zur Wahl, sich für eine 2. Lesung und eine Verschiebung der Vorlage in die Stadtvertreterversammlung am 09.12.2021 auszusprechen. Der Vorschlag erhält 8 Dafürstimmen. Eine Abstimmung über die Vorlage selbst findet nicht statt.

8. BV/VII/0280 Grundsteuer C

Frau Piotrowski führt aus, dass die Erfassung der von der Grundsteuer C betroffenen Grundstücke mit einem Verwaltungsaufwand verbunden ist, der in deutlichem Missverhältnis zum finanziellen Nutzen der Erhebung einer Grundsteuer C stehen würde. Einerseits gibt es in Neubrandenburg nur eine geringe Anzahl von betroffenen Grundstücken. Andererseits soll die Grundsteuer insgesamt aufkommensneutral erhoben werden, d. h. es soll kein Mehrertrag generiert werden, sodass bei möglichen Mehrerträgen durch die Grundsteuer C, die Grundsteuern A und B anzupassen wären.

Ratsherr Kowalick erinnert an den ursprünglichen Grund der Einführung einer Grundsteuer, um Bodenspekulation entgegenzuwirken. Er bringt seine Bedenken zum Ausdruck, dass dies ohne eine Grundsteuer C wieder passieren könnte. **Frau Piotrowski** betont, dass in Neubrandenburg derzeit kaum Spekulationsland vorhanden ist.

Ratsherr Schröder führt aus, dass er eine Aufstellung betroffener Grundstücke für unerlässlich hält. Anderenfalls kann im Jahr 2024 nicht kurzfristig entschieden werden.

Frau Piotrowski erläutert, dass die derzeitige Vorlage keine endgültige Ablehnung der Erfassung der Grundsteuer C beinhaltet. Vielmehr geht es um eine Beurteilung des aktuellen Bestands zum jetzigen Zeitpunkt, nach der die Erfassung der vorhandenen Grundstücke zur Erhebung der Grundsteuer C ab dem Jahr 2025 als nicht verhältnismäßig erscheint. Im Jahr 2024 muss daher noch einmal nach dem dann aktuellen Stand über die Erhebung der Grundsteuer C entschieden werden.

Ratsfrau Dr. Kuhk fasst zusammen, dass aus heutiger Sicht die Einführung einer Grundsteuer C ab dem Jahr 2025 nicht als sinnvoll zu betrachten ist.

5 Dafürstimmen, 3 Gegenstimmen

- 9. BV/VII/0257** Beschluss über die Annahme einer Spende des Fördervereins Regionalbibliothek Neubrandenburg e. V. – Sachzuwendung für den Bestand der kulturhistorischen Sammlungen der Regionalbibliothek: Friedrich GRIESE – „GRIESE“-Sammlung, 60 seltene und besondere Werke mecklenburgischer Heimatliteratur

Es gibt keine Fragen, Bemerkungen oder Hinweise.

8 Dafürstimmen

- 10. BV/VII/0288** Beschluss über die Annahme einer Geldzuwendung des Herrn Philipp Amthor durch den Hauptausschuss für das III. Quartal 2021 - Geldzuwendung für die Herstellung einer Platte des "Walk of Sport" zur Ehrung der Frau Franka Dietzsch

Es gibt keine Fragen, Bemerkungen oder Hinweise.

8 Dafürstimmen

Nach Herstellung der Öffentlichkeit wird die Sitzung geschlossen.

gez. Ratsfrau Muth
Vorsitzende des Finanzausschusses

gez. Stefanie Sauerteig
Protokollantin